**Erwartungen an die Klimakonferenz in Dubai aus kirchlicher Sicht**

Es ist bemerkenswert, wie viele Vertreterinnen und Vertreter christlicher Kirchen und Religionsgemeinschaften sich vor der 28. Weltklimakonferenz (COP 28) für eine mutige Wende hin zu einem konsequenten Klimaschutz einsetzen. Allen voran Papst Franziskus. Er fordert in seinem Apostolischen Schreiben »Laudate Deum«, die Konferenz, die bis zum 12. Dezember geht, solle »ein Wendepunkt sein«. Der Papst und zahlreiche weitere kirchliche und religiöse Institutionen fordern einen schnellen, umfassenden und gerechten Abschied von Öl, Gas und Kohle. Auf der COP 28 gibt es einen Interfaith Pavillon. Basis des interreligiösen Engagements ist ein gemeinsames Positionspapier, das im Vorfeld der Klimakonferenz veröffentlicht wurde. Papst Franziskus plant, persönlich an der Konferenz teilzunehmen und den Pavillon zu eröffnen.

Die Forderungen der Religionen und der NGOs treffen allerdings auf ein politisches Klima, in dem eine ambitionierte Umweltpolitik weltweit zunehmend unter Druck gerät. Umso wichtiger ist es, dass sie sich für eine verbindliche Rahmenvereinbarung der internationalen Gemeinschaft einsetzen, um der Dynamik des Hinauszögerns entgegenzutreten.

Denn eine konsequente Klimapolitik steht in härter werdenden Konflikten mit den kurzfristigen und fragmentierten Wirtschaftsinteressen. Sie erfordert Entscheidungen, die nicht aus Mehrheitsmeinungen abgeleitet werden können. Sie braucht Rahmenbedingungen für eine sozial ausgewogene und ökonomisch attraktive postfossile Wirtschaft. Da gibt es durchaus ermutigende Fortschritte in den vergangenen Jahren.

Doch die aktuellen Zusagen zum Klimaschutz reichen lediglich für eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2,9 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts. In diesem Tempo werden wir den Kampf gegen die Erderhitzung verlieren. Schon jetzt zerstört sie Millionen Menschen die Lebensgrundlagen, in den kommenden Jahrzehnt werden mehrere hundert Millionen betroffen sein.

Das ist der Kern des religiösen Engagements gegen das Weiter so, gegen die Verdrängung der Katastrophe, die bereits jetzt stattfindet: Es geht um die Würde des Menschen, die nicht nur den Christen heilig ist und die es heute in der Einheit von Menschenschutz und Naturschutz zu verteidigt gilt.

Deshalb muss der auf der Klimakonferenz 2022 beschlossene Fonds für Schäden und Verluste armer Länder und Menschen durch die Klimakatastrophe endlich starten, um denen ein Mindestmaß an Hilfe zukommen zu lassen, die am meisten unter ihr leiden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert, dass er mit 400 Milliarden US-Dollar pro Jahr gefüllt sein soll. Auch der Fonds für Anpassungshilfen braucht eine Finanzierung von 100 Milliarde US-Dollar pro Jahr. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Wer Schäden verursacht, muss für sie zahlen. Es ist auch eine Frage der Klugheit, um gesellschaftlichen Verwerfungen und unabsehbaren Migrationsströmen entgegen zu wirken.

Zur weltweiten Klimagerechtigkeit gehört auch, den Marginalisierten eine Stimme zu geben. Deshalb wird es wichtig sein, das Recht auf freie Meinungsäußerung zivilgesellschaftlicher Gruppen in Dubai zu stärken, wofür die Vereinigten Arabischen Emirate keine starke Tradition haben.

Und in Deutschland? Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) will, dass die EKD bis 2035 klimaneutral ist. Die Erzdiözesen Freiburg, Köln und Augsburg wollen dies bereits 2030 sein, Hildesheim 2035, die Caritas bis 2030. Doch seitens der katholischen Deutschen Bischofskonferenz fehlt bisher ein mutiger Ansatz, um die viele Bemühungen einzelner kirchlicher Gruppen und Institutionen zu bündeln.

Dabei wäre es eine unschätzbare Chance der Kirchen für ihre Glaubwürdigkeit und auch für ihre öffentliche Wahrnehmung, wenn sie erkennbar als Akteure der ökosozialen Transformation in Erscheinung träten. Angesichts des Zerfalls der politischen Vernunft im Bann individueller und nationaler Egoismen ist die Stimme der Religionen für globale und intergenerationelle Solidarität mehr denn je gefragt.